

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal 75 Pf.
Postzeitungsnummer 1621 a.
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften erhalten das Blatt gratis.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Der Jahreskongress der American Federation of Labor.

Der 17. Jahreskongress der Federation fand in Nashville vom 13. bis 21. Dezember 1897 statt. Es waren 96 Delegirte der Federation und zwei Delegirte der englischen Gewerkschaften anwesend. Als Einnahme verzeichnet der Kassenbericht für das verflossene Rechnungsjahr Doll. 22808, an Ausgabe Doll. 19113. Ueber die Verhandlungen berichtet der Vizepräsident M. Guire im „American Federationist“:

„Bei der Zusammenkunft war die größte Uebereinstimmung, welche wir je hatten.

Die Fahrradarbeiter, Maschinenarbeiter, Lederarbeiter, Papiermacher, Schlachter und Fleischnacker gründeten während des Jahres Vereine für das ganze Land, während die Landesvereine der Schmiede, Klempner, Gasarbeiter, Röhrenarbeiter und Goldschläger sich der Federation anschlossen. Auerkannt wurden 18 Zentralortsvereine, 189 Ortsvereine und acht Nationalverbände, was ein Wachstum von 34000 Mitgliedern in dem vergangenen Rechnungsjahre ausmacht. Die Dachdecker bildeten einen Nationalverband, während die Versammlung ihre Sitzungen hatte.

Eine Idee von der ausgedehnten und wichtigen Arbeit erhält man aus der bloßen Erwähnung der hauptsächlichsten Gegenstände, womit sich die Zusammenkunft beschäftigte. Unter diesen war die Vorbereitung zu einer Gesetzesvorlage zur Gründung einer Art von Postparaffen. Die Hinterlegung der in dieser Weise eingegangenen Summen in National-Banken wurden beanstandet. Die Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine wurde besprochen. Es wurde beschlossen, von sieben Tagen einen Ruhetag für Lohnarbeiter zu sichern und allen Verbänden, welche nach dieser Einrichtung strebten, sollte herzliche Mitwirkung zugesagt werden. Schritte wurden gethan, um den Druckern und ihren Gehülfen und den Schriftsehern in Druckereien einen kürzeren Arbeitsstag zu verschaffen. Ein starker Widerspruch zeigte sich allgemein gegen die Erwerbung von Hawaii aus dem Grunde, weil sich dieses in den Verhältnissen eines Sklavenstaates befände, die Mehrzahl der Arbeiterbevölkerung dieser Insel wäre in der niedrigsten Sklaverei. Die Abgeordneten von der Küste des stillen Ozeans waren besonders gegen die Erwerbung. Die Anerkennung der Aufständischen in Kuba als Kriegführende fand Beifall und das unbillige und ungewöhnliche Er-

lassen von Gerichtsbefehlen gegen streikende Arbeiter wurde verdammt. Es wurde der Bundesregierung empfohlen, ihre Kriegsschiffe in geeigneten Schiffbauhäfen bauen zu lassen und nicht zu gestatten, daß dieselben kontraktlich durch Unternehmer gebaut würden. Schritte wurden gegen die Entscheidung des Bundesgerichtes der Vereinigten Staaten in der berüchtigten Arago-Angelegenheit gethan; man betrachtet dieselbe als sehr eingenommen besonders gegen die Interessen der Fischer und Seelente.

Eine Denkschrift wurde zu Gunsten der Abschaffung der Vergabung von kontraktlichen Arbeiten Gefangener abgefaßt. Die Arbeitskraft der Gefangenen soll nur zur Herstellung solcher Artikel benutzt werden, welche man in Straf-, Besserungs- und Armenanstalten verbraucht, sowie zur Erzeugung von Garten- und Ackerbauprodukten, welche in solchen Anstalten verwendet werden. Es wird verlangt, daß in allen Fällen die Gefangenen nur Handarbeit verrichten sollen, daß keine Maschine verwendet wird, daß die Erzeugnisse der Arbeiter nicht von einem Staate nach einem anderen verschifft werden dürfen, und daß die Southwick-Gesetzesvorlage, welche jetzt dem Kongresse vorliegt, zur Annahme gelangt. Dieselbe hat zum Zweck, die Verschiffung und den Verkauf von in Gefängnissen hergestellten Waaren zwischen den verschiedenen Staaten zu verhindern.

Die Versammlung nahm lebhaft Stellung für die Erlernung von Handwerken seitens der Neger und wies die Anschuldigung des Herrn Booker T. Washington, daß die Gewerkschaften gegen die Besserung der Verhältnisse der Neger wären, zurück. Die Genossen wurden ermächtigt, am nächsten 14. Januar eine Zusammenkunft in Newyork abzuhalten, um die ersten Aufstellungen zu den Wahlen zu machen. Man war für die Annahme des dem Kongresse vorliegenden Gesetzes, welches die Gehülfen in den Postämtern in eine erste und zweite Klasse eintheilt. Die Versammlung ist gewillt, eine unabhängige Stimmabgabe der Mitglieder der Gewerkschaften und Arbeiter zu unterstützen, mögen dieselben zu einer Partei gehören, zu welcher sie wollen. Neue Gesetze sollen gemacht und entsprechend den rechtmäßigen Bedürfnissen der vereinigten Arbeiter gehandhabt, auch soll eine unparteiische Rechtsprechung gesichert werden. Der

Die Berichte der Delegirten aus den einzelnen Zahlstellen ergeben kein rosiges Bild über die Lage der Werftarbeiter. Stundenlöhne von 18—30 \mathcal{M} sind für die Werftarbeiter vorherrschend. Daher sei es auch erklärlich, daß ein großer Theil der Werftarbeiter von der Beseitigung der Akkordarbeit nichts wissen wolle. Seitens der Christlichen sowie Vergnügungsvereine, die bei einem Beitrag von 10 \mathcal{M} pro Woche M. 3—4 Krankenunterstützung zahlen, wird dem Werftarbeiter-Verband die Agitation ebenfalls sehr erschwert. Ferner wurde ausgeführt, daß die Bewegung sehr gute Fortschritte gemacht habe, nur fehle es häufig an den leitenden Personen. Eine lebhaftere Debatte rief der Flensburger Streik hervor. Bezüglich des Darlehens von M. 1000, welches zu diesem Streik bei der Generalkommission aufgenommen wurde, fand nachstehende Resolution Annahme: „Das Flensburger Gewerkschaftskartell ist verpflichtet, das von der Generalkommission entnommene Darlehen von M. 1000 anlässlich des Flensburger Streiks zu begleichen, falls dieses

abgelehnt wird, ist diese Angelegenheit dem Zentralvorstand zu überweisen.“ — Ferner wird beschlossen, jährlich ein „Correspondenzblatt“ herauszugeben, um die nöthigen Publikationen bekannt zu geben.

Zur Statutenberathung liegt ein vollständiger Entwurf von der Zahlstelle Bremen vor, der mit einigen kleinen Abänderungen angenommen wurde. Darnach wurde der Beitrag von 10 auf 15 \mathcal{M} erhöht. Jede Extrasteuer kommt in Wegfall. Von den Einnahmen sollen in Zukunft 50 pZt. an die Zentralkasse abgeführt werden. Die Wahl der Bevollmächtigten soll halbjährlich, und zwar bis zum 15. Januar resp. 15. Juli, stattfinden.

Ferner soll die Einrichtung des Vereinsboten oder Obmannes für die Einkassirung der Beiträge je nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden. Das neue Statut tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Bremerhaven, der bisherige Vorsitzende wird wieder gewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt Bremen. Für die Thätigkeit im verfloffenen Jahre werden dem Vorsitzenden und Kassirer je M. 100 bewilligt.

An die Vertrauensleute der örtlichen Gewerkschaftskartelle.

Der „Verband der Handlungsgehülften und Gehülftinnen Deutschlands“ beabsichtigt eine größere Agitation zu entfalten. Da er nur in wenigen Orten Verbindungsadressen hat, so ist er darauf angewiesen, bei den Vorarbeiten für die Agitation die Hilfe der Gewerkschaftskartelle in Anspruch zu nehmen. Da die vornehmste Aufgabe der letzteren die Agitation unter den nichtorganisirten Arbeiterkreisen ist, so wäre voranzusetzen, daß ohne besondere Aufforderung dem Ersuchen des Vorstandes des genannten Verbandes Folge gegeben würde. Nach den Mittheilungen desselben haben aber verschiedene Kartellvertrauensleute auf die an sie gerichteten, auf die geplante Agitation Bezug habenden Schreiben keine Antwort erteilt. Deswegen richten wir das dringende Ersuchen an die Vertrauensleute, der in Aussicht genommenen Agitation die weitgehendste Unterstützung angedeihen zu lassen. Es handelt sich hier um eine Arbeiterkategorie, welche, infolge ihrer Berufsstellung und des Entgegenwirkens anderer Organi-

sationen, welche nicht bestrebt sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, sondern mit dem Unternehmertum gemeinsame Sache machen, schwer zu organisiren ist. Deswegen müssen die organisirten Arbeiter anderer Berufe bestrebt sein, den Organisationsbemühungen des Verbandes die größtmögliche Unterstützung angedeihen zu lassen.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter beabsichtigt, in nächster Zeit ebenfalls eine größere Agitationstour zu veranstalten. In Aussicht genommen sind hierbei hauptsächlich diejenigen Orte, in welchen der Verband heute noch keine Zahlstelle hat. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, auch diese Agitation nach Kräften zu unterstützen und, soweit sie gewillt sind, die Vorarbeiten für die stattfindenden Versammlungen in die Hand zu nehmen, dem Genossen Albert Töpfer, Hamburg, Wichernsweg 6, Mittheilung zu machen.

Die Generalkommission.

Situationsbericht.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind Lohn Differenzen ausgebrochen, und werden die Werftarbeiter dringend ersucht, den Zugang fern zu halten.

Die Former der Firma Brandes & Co. in Wolfenbüttel sind wegen erfolgter Lohnabzüge und Maßregelung dreier Kollegen in einen Streik eingetreten.

Da nach den eingegangenen Berichten die ausgesperrten Maschinenbauer größtentheils in ihre

früheren Arbeitsstellen wieder eintreten konnten und die Zahl der Arbeitslosen nicht so groß ist, daß sie nicht durch die Organisationen unterstützt werden könnten, so schließen wir die Sammlungen zur Unterstützung der englischen Maschinenaubauer. Die noch eingehenden Gelder werden dem Streikcomité zugesandt werden. Eine nach Berufen geordnete Abrechnung wird baldmöglichst fertig gestellt und veröffentlicht werden.

Die Generalkommission.

Jahresberichte örtlicher Gewerkschaftskartelle für 1897.

Kiel. Die Thätigkeit des Kartells war in Bezug auf Agitation und Wahrung der Gesamtinteressen der organisirten Arbeiterschaft eine

äußerst rege. Organisirungsversuche wurden bei den Seeleuten, den Gastwirthsgehülften und Korarbeitern gemacht, doch dürfte nur bei den Ersteren

Regierung wurde die Erwerbung des Telegraphenbetriebes empfohlen; ferner wurde derselben die Errichtung von Betrieben zur Herstellung von Panzerplatten anempfohlen. Mit fünf gegen eine Stimme erklärte sich die Zusammenkunft zu Gunsten der Einschränkung der Einwanderung, wie diese die Gesetzesvorlage von Lodge enthält, welche jetzt dem Senate der Vereinigten Staaten vorliegt.

In Betreff des Achtstunden-Arbeitstages war in den Baugewerben, bei den Maschinenbauern, Schmieden und Delarbeitern eine allgemeine Neigung vorhanden, am nächsten 1. Mai eine geschlossene Bewegung dafür zu veranstalten. Der Kongress wird aufgefordert werden, zu der Verfassung der Vereinigten Staaten einen Zusatz zu machen, so daß die verschiedenen Staaten ermächtigt werden, die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen und Kinder in den Fabriken und Mühlen gesetzlich zu ordnen. Die Entscheidung des Obergerichts des Staates Utah, welche die Rechtmäßigkeit des Achtstunden-Gesetzes in diesem Staate entschieden hat, wird gegen die Berufung an das Obergericht der Vereinigten Staaten unterstützt werden. Von jetzt an bis zum 1. Mai haben alle zur Federation gehörenden Gewerkschaften einmal monatlich in ihren Versammlungsräumen Zusammenkünfte abzuhalten, um eine lebhafte öffentliche Zustimmung für den Achtstunden-Arbeitstag herbeizuführen. Wegen der Gesetzesvorlagen wurde ein Ausschuss erwählt, um den Sitzungen des 55. Kongresses beizuwohnen und die Annahme der verschiedenen Gesetze, welche diese Versammlung gut hieß, zu sichern, auch einen Zusatz zu dem gegenwärtigen fehlerhaften Achtstunden-Gesetze, wie dasselbe jetzt bei öffentlichen Arbeiten für die Vereinigten Staaten angewendet wird, herbeizuführen.

Es wurde grundsätzlich anerkannt, daß alle Anstalten für den öffentlichen Verkehr und für den allgemeinen Nutzen Eigenthum der staatlichen Behörden sein sollten; die Versammlung wird darauf hinwirken. Die Gesetzesvorlage über einen Gewerbeausschuss von unparteiischer Richtung, welche dem Kongresse übergeben ist, wurde gut geheissen.

Die Gesetzesvorlage, welche ein Schiedsgericht zwangsweise einsetzt, wurde beanstandet, obwohl die Abgeordneten ein freiwilliges Schiedsgericht befürworteten. Man kam zu einer Vereinbarung hinsichtlich der Zusätze, welche zu dem Ringesetze wünschenswerth sind. Diese Zusätze zielen darauf hin, Gewerkschaften von der Handhabung des Ringgesetzes auszuschließen. Die Zusammenkunft war allgemein gegen das Finanzgesetz von Sage, welches dem Hause in letzter Woche von dem Schatzsekretär vorgelegt wurde.

Geldebewilligungen zur Unterstützung von Arbeitern in den Baumwollfabriken zu Fall River, Massachusetts und in Atlanta in Georgia, welche wegen Lohnkürzungen sich im Auslande befinden, wurden gemacht. Auch wurde zur Unterstützung der Vereinigten Maschinenbauer, welche jetzt in England ausgesperrt sind, Geld bewilligt. Es wurden Schritte gethan, um in den südlichen Staaten und in den Gebieten westlich vom Mississippiflusse jedes Gewerbe gründlicher zu organisiren. Der Bund wird in Zukunft seine besondere Aufmerksamkeit auf die Bildung von Vereinen unter den ungelerten Arbeitern richten. Eine Zeitung der Federation wurde gegründet und ein Abgeordneter wurde zu dem Gewerbe- und Arbeiterkongresse von Kanada, welcher nächsten Mai in Winnipeg tagt, erwählt.

Während der ganzen Zusammenkunft beschränkten sich die Abgeordneten durchaus auf praktische Fragen, welche den Arbeiter unmittelbar angehen. Sehr wenig sozialistische Gesinnung wurde entfaltet. Nur sieben Abgeordnete können als Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei angesehen werden. Die Mehrzahl begünstigte indessen die Erwerbung öffentlicher Einrichtungen seitens der staatlichen Behörden und die Erwerbung der Telegraphen und Bergwerke seitens der Bundesregierung. Die Versammlung war frei von allen zwecklosen Abschweifungen und war eine fleißig arbeitende Körperschaft. Der alte Stab der Beamten wurde wieder gewählt. Die nächste Zusammenkunft der Federation wird am 12. Dezember 1898 in Kansas stattfinden.

Kongresse und Generalversammlungen.

Zweite ordentliche Generalversammlung des Werftarbeiterverbandes.

Reiherstieg b. Hamburg. 6. b. 9. Februar. Anwesend sind 22 Delegirte, die 11 Zahlstellen mit 3330 Mitgliedern vertreten. Außerdem sind zwei Mitglieder des Vorstandes sowie ein Mitglied des Ausschusses anwesend. Nach dem Bericht des Vorstandes ist die Zahl der Zahlstellen im letzten Geschäftsjahre von 7 auf 13 gestiegen; zwei größere Agitationstouren fanden statt. Erschwert wurde dem Werftarbeiterverband die Agitation eines Theils durch den Metallarbeiterverband, anderentheils durch den Schiffszimmererverband. Um eine Verschmelzung des Schiffszimmerer- und Werftarbeiterverbandes zu erzielen, sei die diesjährige Generalversammlung nach dem Reiherstieg einberufen worden, nachdem die Generalversammlung der Schiffszimmerer in Kiel sich hierzu zustimmend erklärt hatte. Leider sei durch Schuld der Schiffszimmerer die Vereinigung vereitelt worden.

Folgende Resolution findet einstimmig Annahme: „Die Generalversammlung des Verbandes der Werftarbeiter Deutschlands erblickt in der Vereinigung des Schiffszimmerer- und des Werftarbeiter-Verbandes einen Fortschritt in der modernen Arbeiterbewegung. Sie ist sich bewusst, alles Mögliche auf diesem Gebiete versucht zu haben, und erklärt die Generalversammlung: Die Schuld an dem Scheitern der Vereinigung trägt der Verband der Schiffszimmerer.“

Aus dem Kassenbericht sind folgende Posten besonders hervorzuheben: Für Agitation wurden M. 357,60 ausgegeben, für zurückgezahlte Darlehen anlässlich des Flensburger Streiks M. 9440, Beitrag an die Generalkommission M. 260,80 und für Ausgesperrte M. 280. Die Gesamteinnahme betrug M. 12796,95, die Gesamtausgabe M. 11282,52.

Ferner wurde berichtet, daß der Aufnahme einer Statistik erhebliche Schwierigkeiten entgegen gestanden hätten.

auf einen Bestand der gegründeten Organisation zu rechnen sein. Dem Kartell gehören die folgenden Gewerkschaften an, deren Mitgliederzahl nach den an das Kartell bezahlten Beiträgen berechnet ist:

Organisation	I. Quartal	IV. Quartal
Buchdrucker	110	115
Buchbinder	24	25
Barbiere	15	8
Brauer	38	40
Brauereiarbeiter	75	75
Böttcher	26	26
Bauarbeiter	105	94
Bäcker	20	30
Cigarrenarbeiter	12	12
Formen	107	106
Glasler	18	18
Hafenarbeiter	35	96
Holzarbeiter Kiel	257	315
Gaarden	28	30
Haus- und Geschäftsdienere	15	21
Kupferschmiede	90	81
Klempner	58	65
Malere	72	80
Metallarbeiter Kiel	250	243
Dietrichsdorf	38	40
Steinseher	45	45
Sattler	16	19
Schuhmacher	62	60
Schmiede Kiel	24	50
Dietrichsdorf	34	35
Schieferbeder	16	19
Schiffszimmerer	150	140
Schneider	170	172
Tapezierer	24	14
Maurer	240	240
Töpfer	30	30
Werftarbeiter Kiel	40	38
Gaarden	62	62
Müller	20	16
Zimmerer	240	240
	2566	2720

Während des Sommerhalbjahres war der Mitgliederbestand noch etwas günstiger.

Lohnbewegungen waren bei den Tischlern, Klempnern und Bauarbeitern zu verzeichnen.

Infolge Mangels fast jeder Organisation ist eine Lohnbewegung auf der kaiserlichen und den anderen Werften kaum denkbar. Ehe die Arbeiter sich nicht ermannen und auch hier allgemein den Gewerkschaften beitreten, dürfte eine Besserung nicht zu erwarten sein, selbstverständlich auch nicht in Bezug auf die theilweise recht kümmerlichen Löhne.

Für die streikenden Tischler am Orte wurden M. 686,26 aufgebracht. Für auswärtige Streiks wurden durch das Kartell gesammelt für die Hafendarbeiter Hamburgs M. 11108,25, die Weber in Lammhausen M. 30, die Schuhmacher in Weisensfelds M. 20. Außerdem erhielten direkt vom Kartell noch die Formen Berlins M. 50 und die englischen Maschinenbauer in zwei Raten M. 300, sowie den Ueberschuß einer Volksversammlung M. 53,07.

Durch das Kartell erhielten sodann von einigen Gewerkschaften noch die Steinarbeiter Straßburgs M. 30, die Uhrmacher Weisensfelds M. 17,50, die Weber Bremens M. 27,50, die Delmenhorster Textilarbeiter M. 26,10 und die Diamantschleifer Hanau's M. 25 Unterstützung.

Bei der Gewerbegerichtswahl wurden die vom Kartell aufgestellten Kandidaten gewählt. Die Theiligung an der Waise war reger als im Vorjahre. Die nicht feiernden organisirten Arbeiter entrichteten einen Theil ihres Tagelohnes, wodurch dem Kartell M. 219 zufließen. Das Gewerkschaftsfest ergab einen Ueberschuß von M. 584, die zu Unterstützungszwecken verwandt wurden.

Der Quartalsbeitrag der Gewerkschaften wurde im verflossenen Jahre von 2 auf 5 $\frac{1}{2}$ erhöht.

Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von M. 1656,93, wovon M. 453,52 Beiträge der Gewerkschaften sind; die Ausgabe beträgt M. 1390,24, davon für Streikunterstützung M. 453,07, für die Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen M. 108,50, für Agitation M. 221,05, für weitere Agitation M. 300. Der Kassenbestand am 1. Februar 1898 betrug M. 266,69.

Für die streikenden Maschinenbauer Englands gingen in der Zeit vom 4. bis 10. Februar bei der Generalkommission ein:

Unterstützungsverein der Kupferschmiede M.	200,—	Tabakarb., Zahlst. Altona (8. Rate) .. M.	30,85
Lederarbeiter, Zahlst. Brandenburg a. S.		" " Cannstatt	6,80
(7. Rate)	25,—	" " Feuerbach	4,80
Hutmacher, Zahlstelle Bittau	6,—	Tangermünde, durch W. Körlin	4,30
Gotha, Gewerkschaftskartell (4. Rate) ..	46,65	Augsburg, durch C. Lepehne, von ver-	
Hagen i. W., "	50,—	schiedenen Arbeitern	25,26
Hannover, " (dar. M. 45		Dachbeder, Zahlstelle Flensburg	3,50
b. kurz. Otto)	100,—	Hamburg, Gewerkschaftskart., b. Schöne	102,50
Wilhelmsburg, Gewerkschaftskartell ...	200,—	Luckenwalde	40,—
Solingen, durch die Expedition der		Fabrikarb., Zahlst. Hambg.-St. Georg. .	100,—
„Berg. Arbeiterstimme“ (3. Rate) ..	115,29	" " Winterhude	42,80
Heidelberg, durch F. Röder	8,33	" " Gilbeck	25,25
Hamburg, durch Kellermann, von der		" " " Rothenburgsort	30,—
Polizei beschlagnahmt	2,—		M. 1290,58
Hafenarb., Zahlst. Hamburg, Sektion		Bereits quittirt M. 114822,58	
Maschinisten	7,70	Hierzu	1290,58
Buchbinder, " Stuttgart	40,—	Summa	M. 116118,16
Tabakarbeiter, " Ottensen (8. Rate) ..	73,55		

C. Legien.